

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1852

19.3.1852 (No. 67)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 19. März.

N. 67.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1852.

Karlsruhe, 18. März.

Vorgestern Mittag um 1 Uhr sind Ihre Großherzogliche Hoheit die Herzogin Alexandrine von Sachsen-Koburg-Gotha, und heute Mittag um dieselbe Stunde Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha, zu einem längeren Besuche Höchstihres durchlauchtigsten frankten Vaters dahier eingetroffen und im Großh. Schlosse abgestiegen.

Die wesentliche Veränderung, welche sich in den letzten Tagen in dem Befinden Ihrer königlichen Hoheit des Großherzogs eingestellt hat, besteht in einer unverkennbaren Zunahme der Schwäche. Die Schmerzhaftigkeit des Kniegelenkes hat sich zwar vermindert, doch hat die Anschwellung desselben nicht abgenommen.

Da sich wieder abendliche Fieberbewegungen eingestellt haben, so war in den letzten Nächten der Schlaf häufig unterbrochen, der hohe Kranke am Morgen mehr angegriffen und die Eßlust geringer.

Bei der andauernden Verschlimmerung des Krankheitszustandes werden von nun an öftere ärztliche Berichte erscheinen.

Karlsruhe, den 18. März 1852.

Chelius. Gugert. Schrifel.

Badischer Landtag.

□ Karlsruhe, 18. März. 42. Sitzung der Zweiten Kammer.

Staatsrath Regenauer: Meine Herren! Ich habe den höchsten Auftrag erhalten, Ihnen den Entwurf des Finanzgesetzes, den Schlussstein Ihrer Arbeiten in Bezug auf die Regelung des Staatshaushaltes, vorzulegen. Indem ich diesem höchsten Auftrage genüge, will ich mir erlauben, ihn mit einigen allgemeinen Bemerkungen zu begleiten. Ich wende mich zunächst an die ordentlichen Ausgaben.

Die Regierung hat bei Vorlage des ordentlichen Budgets an ordentlichen Ausgaben für beide Budgetjahre den Betrag von 29,685,514 fl. in Antrag gebracht. Nach Ihren Beschlüssen, meine Herren, ist diese Summe herabgesetzt worden auf den Betrag von 29,147,381 fl., mithin um die Summe von 538,133 fl.

Von dieser Summe ist freilich der größere Theil nur auf einen andern Theil des Staatshaushaltes, in das außerordentliche Budget, verwiesen worden, weil Sie der Ansicht waren, daß der Betrag als vorübergehender Aufwand anzusehen sein würde.

Ueberwiesen sind in der Art 363,488 fl.; sonach bleibt zwischen Ihren Bestimmungen und den ursprünglichen Anforderungen der Regierung noch ein Unterschied von 174,645 fl.

Das sind zum Theil solche Beträge, die Sie, meine Herren, überhaupt abgelehnt haben, größtentheils aber solche, welche Sie nur zur Zeit abgelehnt haben, bis ein dringendes Bedürfnis für dieselben eintreten werde.

An außerordentlichen Ausgaben, meine Herren, hat die Regierung in besonderer Vorlage 1,877,940 fl. 50 kr. gefordert. Durch die Prüfung, welche in diesem Hause vorgenommen wurde, fiel ein Betrag von 32,161 fl. weg, und es wurde durch Ihre Abstimmung eine Summe von 1,845,779 fl. 50 kr. genehmigt. Außerdem aber haben Sie, wie ich vorhin bemerkte, aus dem ordentlichen Ausgabenbudget den Betrag von 363,488 fl. in das außerordentliche übertragen. Es ist demnach durch Ihre Abstimmung an außerordentlichen Ausgaben eine Summe von 2,213,267 fl. 50 kr. genehmigt worden. Schlagen wir zu dem ordentlichen Staatsaufwand diesen Betrag außerordentlicher Ausgaben hinzu, so erscheint eine Gesamtsumme an Ausgaben für beide Jahre 1852 und 1853 von 31,360,648 fl. 50 kr.

Als Hauptdeckungsmittel für diesen großen Aufwand erscheint natürlich zuerst die ordentliche Einnahme des Staates. Die Regierung hat diese ordentliche Einnahme für beide Jahre der Budgetperiode auf 29,130,439 fl. berechnet. Durch die Prüfung, welche in diesem Hause vorgenommen wurde, wurde der Voranschlag etwas erhöht um die Summe von 7716 fl. bei 3 Positionen, von denen 2 erhöht wurden und eine durch Ihre Bestimmung ermäßigt worden ist. Ziehen wir diese ordentliche Einnahme von dem Gesamtbetrage der Staatsausgaben ab, so bleibt ungedeckt eine Summe von 2,222,493 fl. 50 kr. Diese Summe kann natürlich nur gedeckt werden entweder durch Erhöhung bestehender oder Einführung neuer Steuern oder aber durch Vermehrung der Staatsschuld, so weit nicht besondere außerordentliche Zuflüsse etwa noch als Deckungsmittel aufgeführt werden können.

Nach dem Beschlusse, meine Herren, den Sie in diesen Tagen erst getroffen haben, ist es die Absicht, den ganzen außerordentlichen Aufwand im Betrage von 2,213,267 fl. 50 kr. durch Uebernahme auf die Staatsschulden-Eilungskasse zu decken. Es bleibt dann an dem ordentlichen Aufwande, der für beide Jahre zusammen um den Betrag von 2,226 fl. größer ist, als die ordentliche Einnahme, nur dieser Betrag noch zu decken, und er soll gedeckt werden durch die außerordentlichen Zuflüsse, welche uns auch in der jetzigen

Periode aus den Schabenertrag-Prozessen in Folge der Revolution noch zukommen werden. Es wäre sonach der ordentliche und der außerordentliche Aufwand gedeckt, und es würde eine Steuererhöhung nicht eintreten. Die Regierung, meine Herren, hatte gewünscht, daß ein Theil des außerordentlichen Aufwandes im Wege der Steuererhöhung oder Einführung einer passenden neuen Steuer hätte gedeckt werden können; allein im Angesichte der Noth, welche in Folge der geringen Ernte des verflossenen Jahres in diesem Winter mehr und mehr hervorgetreten ist und sich gerade in den letzten Wochen in einzelnen Theilen des Landes zu einem bedauerlichen Grade gesteigert hat, und ferner in Betracht des Umstandes, daß der früher auf den Gewerben lastende Druck noch nicht ganz beseitigt ist, daß die Lage von Gewerbe und Handel noch nicht die frühere Blüthe wieder gewonnen hat, endlich in Betracht der vielfachen Wünsche, die sich bei Ihnen Allen dahin ausgesprochen haben, daß vorerst von einer Steuererhöhung möge Umgang genommen werden, hat die Regierung geglaubt, den Vorschlag einer Steuererhöhung für diesen Landtag nicht machen zu sollen.

Dabei kann ich aber nicht unterlassen, Ihnen, meine Herren, ein Ergebnis ins Gedächtnis zu rufen, das sich gewiß auch Jedem von Ihnen, der sich mit dem Staatshaushalte näher befaßt, selbst schon wird dargestellt haben. Es sind durch die Ereignisse, welche seit 1848, wie über das große deutsche Vaterland, so besonders aber über unser engeres Vaterland gekommen sind, die Finanzverhältnisse des Staates, auf deren blühenden Stand wir früher so sehr stolz waren und stolz zu sein ein Recht hatten, ziemlich verkümmert worden. Die Staatsschuld, welche am Ende des Jahres 1847 rein einen Betrag von 15,099,676 fl. erreichte hatte, wird nach dem Vollzuge des Finanzgesetzes, das wir Ihnen vorzulegen die Ehre haben, auf den Betrag von 22,776,932 fl., also um eine Summe von 7,677,256 fl., angewachsen sein.

Das ist die Ausbeute, meine Herren, welche wir im Staatshaushalte als Frucht der Jahre vom 1. Januar 1848 bis daher hinwegnehmen. Wir dürfen aber auch hoffen, daß damit die Verluste bis auf eine Kleinigkeit, welche etwa noch nachkommen mag, ausgesprochen sein werden.

Wenn Sie bemerken, meine Herren, daß hiernach in einem Zeitraum von 5 Jahren die Staatsschuld, welche wir sonst Jahr für Jahr abnehmen sahen, um einen sehr bedeutenden Betrag gesteigert worden ist, so wird es Ihnen klar sein, daß man von nun an mit um so größerer Entschiedenheit darauf halten muß, einem ferneren Schuldzuwachs einen unübersteiglichen Damm entgegenzusetzen. Mit der Mehrung der Staatsschuld um diesen ansehnlichen Betrag sind natürlich auch die Bedürfnisse des ordentlichen Staatshaushaltes, der ja für den Tilgungsfond, der ferner für die Zinse zu sorgen hat, um eine namhafte Summe gestiegen. Es ist dahin gekommen, daß, während wir in früheren Jahren im ordentlichen Budget immer einen nicht unansehnlichen Ueberschuß der Einnahme über die Ausgabe nachzuweisen hatten, und während dieser Ueberschuß sich im Laufe der Budgetperiode immer noch um eine ansehnliche Größe erhöht hat, nun die Ausgabe vornehmlich durch die Schuldenentilgung und Schuldenverzinsung dermaßen erhöht worden ist, daß die Ausgabe der Einnahme gleich steht, ja für das laufende Budget selbst ein kleines Defizit, von dem ich vorhin sprach, vorhanden ist. Dazu kommt ferner die Betrachtung, daß wir jedes Jahr neben den ordentlichen Ausgaben immer noch einen mehr oder minder ansehnlichen Aufwand an außerordentlichen Ausgaben haben werden. Wir haben für diese, wir haben für die vorangegangene Budgetperiode allerdings eine ungewöhnlich hohe Summe außerordentlicher Ausgaben zugelassen; für die vorangegangene, weil wir zu allernächst eine Reihe von Schäden aus der Revolution ausgleichen mußten; für die laufende Periode, meine Herren, weil eben auch noch solche Schäden auszugleichen waren, und weil wir ferner im Angesichte der Noth, welche durch die letzte Mißharnte entstanden ist, auf außerordentliche Ausgaben für Arbeiten an Straßen und dergl. mehr verwenden mußten, als gewöhnlich verwendet wird und nach den Regeln der Sparsamkeit im Staatshaushalte unter andern Umständen hätte verwendet werden dürfen. Allein wenn auch von diesen außerordentlichen Ausgaben abgesehen wird, so müssen wir uns doch gestehen, meine Herren, daß wir nach der Erfahrung einer langen Reihe von Jahren durchschnittlich einen außerordentlichen Aufwand haben, der im mäßigen Falle für eine Budgetperiode den Betrag einer Million erreicht. Unter solchen Umständen also, da die ordentliche Ausgabe der ordentlichen Einnahme nahe gerückt ist, da wir bei der jetzigen Lage der Dinge große Ueberschüsse im ordentlichen Budget nicht zu erwarten haben, da aber Jahr für Jahr, Budgetperiode für Budgetperiode ein außerordentlicher Aufwand, wenn auch in mäßigerem Betrage, vorhanden ist, so ist vorauszusetzen, daß wir in der Folge, wenn wir die Regeln eines sparsamen Haushaltes einhalten wollen, den die Regierung bisher eingehalten hat, und den auch Sie, meine Herren, bisher festzuhalten bemüht waren, daß wir dann in der Folge Das nicht werden abwenden können, was wir für jetzt im Angesichte der besondern Umstände abwenden, daß wir für

die Folge also eine Steuererhöhung wohl werden notwendig haben.

Indem ich Ihnen diese kurzen Bemerkungen vorzutragen die Ehre hatte, erlaube ich mir, Ihnen den Entwurf des Finanzgesetzes mit den Beilagen zu übergeben. Der Prüfung desselben ist bereits vorgearbeitet. Ich hatte die Ehre, vorgestern mit Ihrer verehrlichen Budgetkommission in dieser Beziehung zusammen zu treten, und Ihre Budgetkommission hat bereits zwei Ihrer Mitglieder beauftragt, die Beilagen mit dem Referenten des Finanzministeriums im Einzelnen zu kontrolliren, um sich zu überzeugen, daß die Zahlen, welche wir hier in diesem Hauptetat aufgenommen haben, treu den Beschlüssen dieses Hauses eingetragen worden sind. Ich bitte Sie nun, durch Verweisung der Vorlage an die Kommission die weiter erforderliche Prüfung eintreten zu lassen. (Schluß der Sitzung folgt.)

Deutschland.

† Karlsruhe, 18. März. Gestern Abend fand hier ein großes Vokal- und Instrumentalkonzert zum Besten der Nothleidenden des Schwarzwaldes und Oberrheins im großen Saale des Museums statt. Es war veranstaltet worden von den Mitgliedern der großh. Hofkapelle und des Hoftheaters, unter Mitwirkung des großh. Kammerängers Hrn. Haizinger und des kais. russischen Kapellängers Hrn. Stahl. Der schöne Zweck, dem das Konzert galt, das Zusammenwirken so vieler ausgezeichnete musikalischer Kräfte und das sorgfältig aufgestellte Programm hatte ein so zahlreiches Auditorium herbeigezogen, daß die Räume kaum hinreichten. Es ist hier nicht der Ort einer ästhetischen Würdigung der musikalischen und vokalen Leistungen, weshalb die Bemerkung genügen mag, daß dieselben sämmtlich eben so großen als wohlverdienten Beifall fanden. Die edle Absicht, die Veranlassung zu dem uns gewährten Kunstgenusse bot, ist vollkommen erreicht worden.

* Aus Baden, 18. März. Wenn wir richtig befehrt sind, so stünde eine derartige Dislokation der Truppen in Aussicht, daß sämmtliche Truppenabtheilungen, die sich gegenwärtig in den einzelnen Stationsorten befinden, in ihre resp. Garnisonsorte zurückkehren würden.

Nach der „Freibg. Ztg.“ wurden von Seiten der Studierenden der Universität Freiburg 108 fl. 10 kr. zum Besten der Nothleidenden des Landes gespendet, und zwar soll die Hälfte für die Armen des Schwarzwaldes, die andere Hälfte für die Armen des Oberrheins verwendet werden.

In Heidelberg hat die Sammlung für die Nothleidenden des Großherzogthums ein Ergebnis von 1529 fl. 28 kr. geliefert.

‡ Bruchsal, 17. März. Die Aburtheilung des eines Raubes angeschuldigten Joseph Fischer von Dedsbach ist bereits in unserm jüngsten Berichte berührt. Es ist noch das Nähere nachzutragen. Der Fall gehört nicht zu den bedeutenderen. Kürze der Darstellung wird deswegen erlaubt, ja sogar geboten sein, sowie es überhaupt nicht die Aufgabe nichtjuristischer Zeitschriften sein dürfte, auch die nicht interessanteren Fälle in ihrer ganzen Ausdehnung wiederzugeben.

Joseph Fischer, ein 21jähriger, nicht gut beleumundeter Bursche von Hengstenbach, Gemeinde Dedsbach, war am 6. Dezember v. J. Abends mit dem ledigen Tagelöhner Johann Gaifer im Bierhause des Joseph Braun zusammengetroffen, und hatte sich mit diesem, der einige Male seinen Geldbeutel zog, um zu zahlen, an einem Tische niedergelassen. Beide verließen das Bierhaus mit einander, und unterwegs beraubte der Angeschuldigte den Johann Gaifer seiner Baarschaft, etwa in 1 fl. 12 kr. bestehend. Die Einzelheiten des Raubes sind in dem Wahrspruche der Geschworenen zusammengestellt, welche die an sie gestellte Frage dahin bejahten, daß Joseph Fischer jenes Abends zwischen 8 und 9 Uhr auf dem Wege von Dberkirch nach Dedsbach seinen Begleiter unter Drohungen mit Tödtung und mittelst Anwendung thätlicher Gewalt, durch Würgen, wobei er demselben jedoch keine Verletzungen zufügte, dessen Geldbeutel mit dem baaren Inhalte genommen, und sich das Geld, mit Ausnahme eines Kreuzers, der in dem Beutel zurückblieb, und den er dem Beraubten wieder zurwarf, zugeeignet habe.

Dagegen war der Angeschuldigte noch weiter beschuldigt, den Joh. Gaifer, als dieser sein Geld von ihm zurückforderte und ihm mit Anzeige gedroht, nochmals am Halse gepackt, gewürgt und zu Boden geworfen, und den ihn nach Dedsbach verfolgenden Gaifer mittelst eines offenen Messers und der Drohung des Zusammenstehens abgehalten zu haben. Die hierüber gestellte Frage beantwortete der Wahrspruch der Geschworenen mit Nein.

Die öffentliche Behörde vertrat der Staatsanwalt Hr. Hofgerichts-Rath Haas, die Verteidigung führte Hr. Advokat Engelhardt, Obmann der Geschworenen war Hr. Hofrath Holzmann.

Ueber zu große Milde des vom Schwurgerichtshofe gegebenen, bereits mitgetheilten Urtheils hat man keine Klage vernommen.

Die am 16. März gepflogene Verhandlung gegen Mathias Amtsbücher von Lautenbach wegen Brandstiftung hatte eine Verurteilung zu sechs Jahren Zuchthaus mit Schärffungen durch Hungerkost und Dunkelhaft zur Folge. Wir werden die Einzelheiten dieses Falles nachbringen.

Der heute Morgen wegen gefährlichen Diebstahls vorgestandene Johann Nepomuk Keller von Steinbach erhielt ein Jahr Arbeitshaus mit Schärffungen.

Seidelberg, 18. März. In dieser Woche feiert Hr. Geh. Rath Chelius sein vierzigjähriges Amtsjubiläum, wie wir hören, in einem kleineren Kreise von Freunden. Möge der hochverehrte Mann, der schon seit so vielen Jahren eine der ersten Zierden unserer Universität ist und als Arzt sich einen so glänzenden Ruf erworben hat, noch recht lange in seiner bisherigen Rüstigkeit und Thätigkeit wirken können!

Am 15. März starb Hr. Nigke, alternirender katholischer Direktor des frühern Gymnasiums dahier, in einem hohen Alter. Wegen seines vorgerückten Alters und körperlicher Gebrechlichkeit längst schon aus jener Stellung zurückgetreten, wirkte er doch noch bis an sein Ende nach Kräften Gutes, wo sich ihm in seinem Kreise dazu Gelegenheit bot, und sein Andenken wird unter seinen zahlreichen hiesigen Freunden und Bekannten in Ehren bleiben.

Die gestern vorgenommene Wahl des Gemeinderaths ist günstig ausgefallen. Die zu diesem Amte erwählten Männer geben die Bürgerschaft, daß sie mit festem Willen die Autorität des Gesetzes zu befestigen und die Interessen der Stadt gewissenhaft zu wahren suchen werden.

Mannheim, 17. März. Im Laufe der Schwurgerichts-Sitzung kommen folgende Anklagen zur Verhandlung: am 16. März gegen Karl Höhrmann von Schlierbach, wegen gefährlichen Diebstahls; am 17. und 18. März gegen Karl Segner von Berthelheim, wegen Tödtung; am 20. März gegen Katharina Heintel von Neuenstein (Württemberg) wegen Kindesmordes; am 22. und 23. März gegen Fr. Hilpert und Gg. Haun von Oberbach, wegen gefährlichen Diebstahls; am 24. März gegen C. J. Heim von Wallbörn, wegen Raubes; am 26. März gegen H. G. Erlwein und Genossen von Neudenu, wegen gefährlichen Diebstahls; am 27. März gegen Jak. Bernitter und Genossen von Hochhausen, wegen gefährlichen Diebstahls; am 29., 30. und 31. März gegen Mart. Börschinger von Großschaffen, wegen Raubmordes; am 1. und 2. April gegen Wolf Göz von Strümpfelbrunn, wegen Meineids; am 3. April gegen Gg. Jil. Stadler III. von Ziegelhausen, wegen gefährlichen Diebstahls; am 5., 6. und 7. April gegen Jh. Gg. Maier von Redarzimmer und 4 Genossen, wegen gefährlicher Diebstahls und Mordversuchs.

Baden, 17. März. Es ist gewiß für Ihr Blatt von Interesse, zu vernehmen, mit welcher Umsicht in unserer Stadt für Verschönerung derselben und Verbesserung vorhandener Anstalten verfahren wird. Namentlich unser Stadtdirektor läßt es nicht an Thätigkeit fehlen, überall fördernd eingzugreifen, und seiner Umsicht ist es vorzüglich zu verdanken, daß jetzt für Manches Sorge getragen wird, das längst Bedürfnis war. Besonders umfassend sind im gegenwärtigen Augenblicke die Arbeiten, die für die Korrektion des Dösbachbettes in Angriff genommen sind und Hunderte von arbeitslosen Leuten beschäftigen. Von Neuern an bis zum Badischen Hofe wird das Bett der Dösbach nicht nur gerade gelegt, sondern auch erweitert und mit zweckmäßiger Steineinfassung versehen; zu diesem Behufe wurde schon die Schneider'sche Mühle angekauft, um den Mühlengraben zu beseitigen und dort für eine neue Straße Raum zu geben; auch das Habert'sche Haus und die Huber'sche Sägemühle sollen angekauft werden, so daß die Dösbach einen ungehinderten raschen Ablauf erhält, und keine neue Wassergefahr mehr zu befürchten ist. Dadurch wird die Brücke beim Englischen Hofe erweitert, die Aussicht von diesem Hause verschönert und der Blick ins hintere Dösbach freier, sowie die Anlagen überhaupt viel freundlicher. Gewiß vernehmen Freunde unseres herrlichen Kurortes diese Nachricht mit Vergnügen, zumal auch sonst in jeder Hinsicht Vieles für unser Bad gethan wird. Auch Privaten haben neue Bauten entstehen lassen, und das Großholz'sche Haus an der Ecke der Sophien- und Erbprinzenstraße wird eine Zierde dieses freien Plazes werden, das ohnehin in einem schönen Style aufgeführt wird. — Für die nächste Saison hat man die besten Aussichten, und hofft namentlich auf zahlreiche Gäste aus Frankreich, deren sich schon einige angekündigt haben. Auch wird behauptet, daß sich die Häupter mehrerer politischen Fraktionen, namentlich behufs der Fusion beider Linien der Königsfamilie, Ende Mai oder Anfangs Juni hier versammeln sollen, obschon man anfänglich Wiesbaden dazu bestimmt hatte.

Stuttgart, 17. März. Eine jammervollere Niederlage, als in der gestrigen Sitzung der Abgeordneten, hat wohl schwerlich je eine Fraktion in einer Kammer erlitten, wie die äußerste Linke in Betreff ihrer Protestation gegen die Rechtsgiltigkeit der jetzigen Kammer. Wie trotzig auch Schoder sich zeigte, und gleich einem ungebändigten, feurigen Koffe durch die geschmeidigsten Wendungen an, statt über die von der Regierung gezogene Barriere wegzukommen sich bemühte; wie rasend auch Moritz Wohl sein Haupt sammt Urwalperücke schüttelte und höhnische Grimassen schnitt; wie grimmig Anlauf auch A. Seeger nahm und zuletzt in seine eigenen Sporen sich verwickelte und auf die Nase fiel; wie aalglatt sich Pfeifer zu wenden und zu drehen suchte; wie naiv dreist auch Sigmund Schott und höhnisch Rödinger sich benehmen mochten. — Nichts half, die bittere ministerielle Wille mußte geschluckt werden, und zwar mit der bittersten Zuthat, dem Minderheitsantrage in der staatsrechtlichen Kommission, dahin gehend: „Die Kammer wolle die in der ersten Sitzung von 18 Mitgliedern (der 19., Jeger, erst später gewählt, trat erst nachträglich bei, daher die Zahlendifferenz) abgegebene Erklärung für unbegründet er-

kären, auch aussprechen, daß jene Erklärung mit der Theilnahme jener Mitglieder an den Verhandlungen der Zweiten Kammer im Widerspruche stehe.“ Dieser Antrag wurde mit 46 gegen 37 Stimmen angenommen, und die ganze äußerste Linke hätte mit langer Nase abziehen müssen, wenn nicht Hr. Pfeifer noch zu rechter Zeit sich und den Seinigen dadurch ein Hinterepfortchen geöffnet hätte, daß er sagte, „daß er die jetzigen Beschlüsse der Kammer für verbindlich erachte, so lange der jetzige Rechtsboden bestehe. Werde ein anderer Rechtsboden geschaffen, so könne die zukünftige Gewalt die hier gefassten Beschlüsse und verabschiedeten Gesetze wieder aufheben.“ Er hätte eben so gut sagen können: „Ich gehe so lange über die hier so eben gebaute Brücke; reißt sie einmal der Strom mit fort und sie wird an einem andern Orte über das Wasser geführt, so gehe ich nicht mehr an der alten, sondern an der neuen Stelle hinüber.“ Wie obstruktiv dieses Hinterepfortchen war, so wurde es doch von seinen Gesinnungsgenossen benützt, und Einer um den Andern suchte nach ihm durchzuschlüpfen, unbekümmert um Rock und Weinleider, war doch der Sitz in der Kammer gerettet. Diese Opposition ist todt, sehr todt; sie starb zwar nicht den Tod eines Helden, aber einen ganz nagelneuen Tod. In England würden die Coroners den Ausspruch thun: „In Folge einer Dhrfeige, die sich der Dahingeschiedene selbst versetzte, eines unfreiwilligen Todes gestorben.“

Die Kammer wird jetzt bis zu ihrer Vertagung, die sich jedoch fast bis zu Ende dieses Monats hinausschieben dürfte, weil die Vorlage des neuen Budgets erst bis dahin möglich werden wird, nur noch wenige Sitzungen halten. Es wird also voraussichtlich auf einige Zeit bei uns eine politische Windstille eintreten.

Der „Beobachter“ meint in Betreff der in meiner Korrespondenz vom 13. d. berührten Denunziation von seiner Seite, wenn er die grundrechtlichen Wahlgelübde der Abgeordneten veröffentlichen würde, so würde er dieselbe Denunziation begeben, welche sich Herzog Ulrich schuldig machte, als der die Namen der Ritter, welche Hoheitstübingen an den Bund übergaben, auf jener bekanntlich im Schloß zu Tübingen heute noch aufbewahrten schwarzen Tafel verewigen ließ. Bei solcher Begriffsverwirrung hört Alles auf, und man kann Nichts thun, als achselzuckend schweigen.

München, 15. März. Die „Allg. Ztg.“ schreibt: Bei uns handelt es sich jetzt um endliche Entschlüsse auf die bekannte Petition des bayerischen Episkopats; dann um Lösung der Aufgabe, wie den österreichischen Zollvereinigungs-Projekten wirksam die Hand geboten werden könne, ohne doch die wohlthätige Wirksamkeit des jetzigen Zollvereins zu stören oder zu gefährden. Soll namentlich, ohne Rücksicht, was zuletzt Preußen thun wird, Bayern verpflichtende Zusagen für das Jahr 1859 (wo die allgemeine Zollvereinigung beginnen soll) eingehen, und soll es ferner Hannover ohne Weiteres als Mitkontrahenten bei dem Berliner Zollkongreß anerkennen, ohne zugleich auf dem gleichen Rechte für Oesterreich zu bestehen? Ob und welche Entschlüsse in dieser letztern Beziehung in neuester Zeit gefaßt worden sind, ist mir unbekannt.

Die kirchliche Angelegenheit aber ist in so fern in ein neues Stadium getreten, als vorigen Dienstag die Erzbischöfe und Bischöfe eine neue Eingabe an den Stufen des Thrones niedergelegt haben, um ihre in der Freysinger Petition dargelegten, auf das Konkordat gestützten Wünsche und Ansinnen in erneute Erinnerung zu bringen. Eine der nächsten davon berührten Fragen, von der wir hoffen, daß sie keine brennende werde, ist die der Jesuitenmissionen, in Betreff deren eine ohne Genehmigung Sr. Maj. des Königs suspendirt werden mußte.

Frankfurt, 17. März. Se. kön. Hoh. der Prinz von Preußen ist heute Abend hier eingetroffen. Ueber die Dauer seines Aufenthalts in hiesiger Stadt ist noch Nichts bestimmt. — Die von mehreren hiesigen Blättern gebrachte Notiz, der Bundesstag habe den Professoren Böttcher und Schönbein als Erfinder der Schießbaumwolle 40,000 fl. zuerkannt, ist dahin zu berichtigen, daß Seitens der Bundesmilitärkommission ein solcher Antrag gestellt worden ist. Derselbe ist aber noch nicht angenommen, sondern sind erst die resp. Gesandten zur Instruktions eingeholt worden. — Die von hier in die Hamburger Blätter gesendete Nachricht, als würde der Bundesstag in der Bremer Verfassungsfrage nicht mit Energie vorwärts gehen, entbehrt der Begründung; es wird dort gegen die frech auftretende Anarchie mit allem Ernste vorgeschritten werden.

Koblenz, 15. März. Das dringende und immer mehr hervortretende Bedürfnis einer Eisenbahn von Bonn hierher und weiter nach Mainz, gegen welchen Bau bei unserer Regierung angeblich wegen strategischer Gründe große Abneigung herrscht, hat endlich eine Anzahl von Kapitalisten unserer Gegend vermocht, ein Komitee zu bilden und die Angelegenheit in die Hand zu nehmen, indem es sich bemüht, das Aktienkapital auch ohne Beihilfe und Zinsengarantie von Seiten des Staats zusammen zu bringen.

Das im Rhein liegende Dampfschiff „Beethoven“ wird morgen herausgezogen werden, zu welchem Zweck es großer und kostspieliger Vorrichtungen bedurft hat.

Se. kön. Hoh. der Prinz von Preußen trifft eingegangenen Nachrichten zufolge am nächsten Donnerstag hier wieder ein und wird längere Zeit hier residiren.

Die Auswanderungszüge treffen von der Mosel und aus der Elbe schon zahlreich hier ein. Es wird voraussichtlich an Transportmitteln fehlen, um alle Angemeldeten weiter zu befördern. Es sind ganze Gemeinden darunter, von denen auch nicht ein Einziger zurückbleibt.

Berlin, 15. März. Die „Preuß. Ztg.“ schreibt: Gegenüber der völlig grundlosen Nachricht, welche neuburgische revolutionäre Blätter von einer angeblich erfolgten Konfiskation hier deponirter Fonds der neuburgischen Bürgerschaft bringen, sind wir im Stande, mitzuthun, daß die königliche Regierung allerdings die Anordnungen für

die Sicherstellung jener Fonds getroffen hat, jedoch einzig und allein, damit dieselben zur Zeit der Beendigung der gegenwärtigen revolutionären Herrschaft im Fürstenthum Neuenburg ganz unverfützt den dann wieder ins Amt tretenden rechtmäßigen Verwaltern zurückgegeben, vorher aber an Niemand ausantwortet werden. Die bei dem Bankierhause Gebrüder Schickler deponirt gewesenen Bankanteile und Eisenbahn-Aktien der Bürgerschaft hat dasselbe bei dem hiesigen königlichen Stadgericht niedergelegt, um nicht durch Ausantwortung an die unberechtigten dormaligen Vorsteher verantwortlich zu werden.

Berlin, 16. März. Zur Zeit der Anwesenheit H. H. des Königs und der Königin von Hannover am kön. Hofe sollen im hiesigen Schloße noch mehrere größere Hof-feste veranstaltet werden. Auch H. H. Hoh. der Großherzog und die Frau Großherzogin von Mecklenburg - Strelitz werden nach ihrer Rückkehr aus Dessau bei denselben anwesend sein.

Seine königliche Hoheit der Prinz von Preußen beabsichtigt, nach seiner Rückkehr an den Rhein bis zur Mitte des Monats Mai Inspektionen über sämtliche zu seinem Generalkommando gehörige Truppen im Rheinland und Westphalen abzuhalten. Zum 20. Mai werden der Prinz und die Frau Prinzessin von Preußen wieder in Berlin erwartet. Se. kön. Hoh. der junge Prinz Friedrich Wilhelm kommt schon am 1. künftigen Monats von Koblenz nach Potsdam, und wird daselbst den neuesten Bestimmungen zufolge vornehmlich seine militärischen Studien fortsetzen. Auch übernimmt der Prinz zur weiteren Übung des praktischen Dienstes wieder als Hauptmann die Führung einer Kompagnie vom 1. Garderegiment. Die projektierte größere Reise soll erst später angetreten werden. Wahrscheinlich steht dies Arrangement mit dem bevorstehenden königlichen Familienfest, sowie mit den dabei zu Ehren der kaiserl. russischen Herrschaften zu veranstaltenden größeren militärischen Manövern in Verbindung.

Die neuliche Ministerkrisis, von welcher jetzt auch die letzte Spur verschwunden, hat ganz unverkennbar sehr wesentlich auf eine neue Konsolidirung der eine Zeit lang mit gänzlicher Zersplitterung bedrohten konservativen Partei hingewirkt. Die Gefahr einer mehr oppositionellen Kabinettsbildung hat die getrennten Glieder der Rechten wieder zusammengeführt. Es zeigte sich Dies mehr und mehr bei den letzten Kammerverhandlungen. Ganz unzweifelhaft trat es in der Ersten Kammer bei der letzten Abstimmung über die Gemeindeordnung hervor, wo viele Abgeordnete auf die Seite der Rechten traten, welche seither den Anträgen der streng konservativen Partei beständig entgegen gewesen waren.

Heute Abend findet eine Sitzung des Ministerraths statt, in welcher dem Bernheim nach namentlich auch Bundesangelegenheiten verhandelt werden. Der seit Sonntag hier anwesende diesseitige Bundesstags-Gesandte, Hr. v. Bismarck-Schönhausen, wird bis gegen Ende dieses Monats in Berlin verweilen, und zum 31. nach Frankfurt zurückkehren, um an der Schlußberatung über die Flotte Theil zu nehmen.

Ueberrassend ist bekanntlich der Jubel der schmachtvollen Berliner Märzempörung. Bei dem inzwischen sehr ernüchterten Sinne unserer Bevölkerung und bei der Wiederkehr der alten Treue und Loyalität herrscht hier besonders nach den traurigen Erfahrungen jeder Art, welche die Zeit der Schmach in ihrem Gefolge gehabt, gerade kein Enthusiasmus mehr für den früher so bejubelten Tag. Um aber auch den Wählern von Profession die Gelegenheit zu Ausschreitungen und Demonstrationen zu nehmen, soll für den 18. jede Volksversammlung im Friedrichshain verhindert werden. Die dortige Begräbnisstätte der Gefallenen ist neuerdings mit einem besondern Zaun umgeben, und die Eingangsthüre wird verschlossen gehalten. Für den 18. findet gar kein Eintritt statt. Für sonstige Tage ist dazu eine polizeiliche Erlaubnisakte erforderlich.

Wien, 13. März. Wir haben mitgeteilt, daß der Kaiser bei der Rückfahrt von Benedix nach Triest die Abfahrt der Flottille trotz des stürmischen Wetters anordnete, während der Koosse von Malamocco sich gegen das Auslaufen aussprach. Wie nun der „Allg. Z.“ von Triest vom 12. März geschrieben wird, ist die Stadt in großer Bestürzung. Seit fünf Tagen vermisst man den Dampfer Marianne, der bei der Ueberrastung des Kaisers sich verloren hatte, und von dem bis dahin keinerlei Kunde eingelaufen war.

Der preussische Gesandte am hiesigen Hofe hatte bereits mehrere Unterredungen mit dem Fürsten Schwarzenberg wegen der in Berlin zusammen tretenden Zollkonferenz.

Im Einverständnis der beiden Regierungen von Oesterreich und Bayern sind alle Zollabgaben, welche den Betrag von 3 1/2 kr. bayerischer Währung nicht erreichen, zur Erleichterung des Grenzverkehrs gegenseitig aufgehoben worden.

Die Anwesenheit des Kardinals Erzbischofs Fürst Schwarzenberg wird mit den bevorstehenden Verhandlungen in Kirchenangelegenheiten in Verbindung gebracht. Es handelt sich namentlich um Bestätigung des Ehegesetzes und um die Schlußberatung über das Kirchenvermögen.

Die alten obersten Erbämter des Erzherzogthums Oesterreich unter der Enns werden wieder hergestellt. Graf Heinrich Ehotek ist bereits zur Eidesleistung als Oberst-Erbland-Thürhüter hieher berufen worden.

Die „N. Preuß. Ztg.“ glaubt aussprechen zu können, daß ein durchgreifender, bedeutungsvoller Umschlag in der Leitung der österreichischen Angelegenheiten in naher Aussicht stehe, indem zwei hochgestellte und gewichtige Männer aus der früheren wie der neuen Geschichte Oesterreichs sich immer entschiedener gegen die Prinzipien der herrschenden Politik aussprechen, und neben der Wahrung der organischen und historischen Rechtsgrundlagen des Kaiserreichs gegenüber dem nivellirenden Bureaufkratismus im Innern, nach außen die Wiederbegründung eines innigen und aufrichtigen Einverständnisses mit Preußen an die Spitze ihres Programms stellen.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 17. März. Nach dem „Bunde“ hat die nationalräthliche Kommission 6 Eisenbahn-Gebiete angenommen...

Frankreich.

Paris, 16. März. Der „Moniteur“ enthält heute in Gemäßheit des Dekrets über die Rentenumbildung einen Erlaß des Finanzministers über die bei der Annahme der Rückkaufsofferte von den Renteninhabern zu beobachtenden Formlichkeiten...

Belgien.

Brüssel, 15. März. (D. V. A. Z.) Mehrere Blätter haben von einem Notenwechsel zwischen den Regierungen von Frankreich und Belgien gesprochen...

Großbritannien.

London, 15. März. Der Feldzug gegen das Ministerium wurde heute gleichzeitig im Oberhaus und Unterhaus eröffnet. Die Debatten waren sehr lebhaft.

Dr. Billiers stellte im Unterhaus dem Hrn. Disraeli dieselbe Frage.

Bis dahin reichen die Berichte der englischen Blätter vom heutigen. Wir ergänzen sie durch eine telegr. Nachricht, welche uns über Paris zukommt.

Der Graf Grey fand diese Erklärung nicht genügend, und hätte größere Deutlichkeit und die bestimmte Erklärung gewünscht, daß das Ministerium jede Rückkehr zu dem System der Kornzölle mißbillige.

Im Unterhause erklärte Hr. Disraeli, es sei die Absicht der Regierung, die öffentlichen Geschäfte so schnell und vollständig als möglich zu erledigen; im Uebrigen weigerte er sich, eine kategorische Antwort über die Absichten der Regierung, in Betreff der verschiedenen Fragen, die Hr. Billiers aufgestellt hatte, zu geben.

Lord John Russell sprach sich dahin aus, es sei verfassungswidrig, daß das Ministerium am Ruder bleibe, während es anerkenne, daß es im Parlament in Minorität sei.

Hr. Gladstone sprach den Wunsch aus, daß die Auflösung des Parlaments stattfinden möge.

Lord Palmerston hält jetzt die Herstellung der Kornzölle für unmöglich.

Der spanische Gesandte am britischen Hof, Hr. v. Izuriz, ist wieder hier eingetroffen.

Als Beitrag zur Unterstützung der nothleidenden Bewohner des Großherzogthums wurde dem Unterzeichneten von Hrn. Karl Mayer v. Rothschild in Frankfurt a. M. die Summe von 500 fl. übermittelte, was hiermit dankbar anerkannt wird.

Karlsruhe, den 18. März 1852.

Der Präsident des Ministeriums des Innern. v. Marschall.

Neueste Post.

* Auch die Erste dänische Kammer (Landsting) hat die osterwähnte Mißtrauensadresse angenommen, und zwar mit 30 gegen 10 Stimmen.

Aus Holstein, 12. d., wird gemeldet, daß jetzt die Ueberlieferung aller Militäreffecten und Baulichkeiten in Rendsburg beendet ist. Eine Anzahl Militärbearbeiter hat die Entlassungspatente erhalten; andere sind ebenfalls entlassen worden.

Norddeutschen Blättern zufolge werden für den Fall, daß die der Krone Hannover überlassene Ausführung des Bundesbeschlusses in der Verfassungsangelegenheit Bremens es notwendig macht, preussische Truppen zu Minden in Bereitschaft gehalten, welche innerhalb 24 Stunden nach erhaltener Nachricht daselbst eintreffen können.

Von Berlin wird gemeldet, daß der alte Nees von Esenbeck, früher berühmter Naturforscher und Professor an der Universität Breslau, später mehrgenannt wegen seiner Theilnahme an dem Deutschkatholizismus und an den revolutionären Bewegungen der Zeit, von dem Obertribunal zu Enthebung vom Amte und in die Kosten verurtheilt worden ist.

Die „Litth. Corr.“ bezeichnet bereits einige Vertreter der Zollvereins-Staaten auf der bevorstehenden Berliner Zollkonferenz. Bayern würde demnach Hrn. v. Hermann, Hannover den Generalsteuerdirektor Klenze, Sachsen den Oberpostdirektor v. Schimpf, und Braunschweig den Geh. Rath Dr. Liebe senden.

Die „Augsb. Post-Ztg.“ (Organ der „katholischen“ Partei) will wissen, es seien bereits Unterhandlungen zur Bildung eines neuen bayrischen Ministeriums angeknüpft, und bringt eine der zirkulirenden Ministerlisten, worauf die Namen Graf v. Armanberg, Graf v. Siedl, v. d. Tann, v. Gumpenberger u. a. stehen.

Nach einer Korrespondenz der Gazetta di Venezia aus Genua, 10. März, beschwerte sich der englische Konsul daselbst über Schmähungen, welche ein Geistlicher von der Kanzel gegen England gerichtet hatte; der Staatsanwalt ertheilte sofort dem Prediger eine feierliche Verwarnung.

Der Orden der Serviten ist im gesammten Umfange des Königreichs Neapel wieder hergestellt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Für Auswanderer.

A. 931. In Baumgärtner's Buchhandlung zu Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Karlsruhe durch A. Wielefeld:

Das Auswanderungsbuch oder Führer und Rathgeber bei der Auswanderung nach Nordamerika und Australien, mit Berücksichtigung von Texas und Kalifornien in Bezug auf Uebereinfahrt, Ankunft und Ansiedelung, nebst einer vollständigen Schilderung des geographischen, politischen und gesellschaftlichen Zustandes jener Länder...

Der englische Dolmetscher. Eine Anleitung zum leichten und schnellen Erlernen des englischen Sprechens, für deutsche Auswanderer nach Nordamerika und Australien. Mit einem kleinen Wörterbuche und einem Anhange von Formularen zu Briefen, Billetten, Kontrakten, Wechseln etc., sowie durchgehend beigelegte Aussprache. Von L. A. Albert. Dritte verbesserte Auflage. gr. 8. kart. Preis 1 fl. 39 kr.

Deutsch-englisches und englisch-deutsches Handwörterbuch für deutsche Auswanderer nach Nordamerika und Australien. Mit durchgehend richtiger Aussprache, einem Verzeichniß der Namen der Staaten, Städte, Ströme und Gebirge der Vereinigten Staaten und deren Aussprache, nebst einer Tabelle über Münzen, Maß und Gewichte. Von L. A. Albert. gr. 16. karton. 45 kr.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Eine kurzgefaßte Darstellung ihrer Geschichte, Statistik und Geographie. Mit einer Tabelle über Münzen, Maße und Gewichte und einer Karte. Nebst einer kurzen Beschreibung der britischen Kolonien in Australien, von L. A. Albert. kart. Preis 33 kr.

Andachtsbuch auf alle heiligen Tage des Kirchenjahrs für Auswanderer und Ausgewanderte. Eine christliche Mitgabe von Dr. J. F. Th. Wohlfarth, Kirchenrath. Mit einem Stahlstiche. Elegant gebunden. 8. Preis 54 kr.

A. 929. So eben ist im Verlag des Missions-Instituts in Basel erschienen, und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der Jahrgang 1851 des Missions-Magazins,

bestehend in 4 Hefen, deren reicher und interessanter Inhalt allen Freunden der Mission und der Kirchengeschichte, sowie der Geographie und Völkerkunde sehr zu empfehlen ist.

I. Die Roth-Afrika's; ein Ruf an Christenherzen. Schilderung des afrikanischen Lebens. Mit einer Abbildung von Regentown in Sierra Leone.

II. Der 36ste Jahresbericht der evangelischen Missions-Gesellschaft in Basel.

III. Die Entwicklung der evangelischen Missionen im westlichen Afrika. 1ste Abtheilung. Das Sines- und das Sullom-Land. Mit einer Karte der afrikanischen Küste.

IV. Die Entwicklung der evangelischen Missionen im westlichen Afrika. 2te Abtheilung. Die Halbinsel Sierra Leone. Subskriptionspreis im Verlag zu Basel 24 2/2 fl. 45 kr.

A. 848. Karlsruhe. (Stellegesuch.) Ein von groß. Steuerverwaltung requirirter, auf seinen Dienst beidigter und mit sehr guten Zeugnissen versehenen Kanzleigehilfe sucht als solcher bei einer Staatsverrechnung, wo möglich in loco Karlsruhe, oder doch wenigstens in der Nähe der Residenz, in Balde eine für ihn angemessene Stelle. Desfallsige Offerten beliebe man bei der Expedition dieses Blattes, mit F. S. B. bezeichnen, abzugeben.

Die Eisen-, Stahl- und Messingwaren-Handlung

VON Josef A. Ettlinger, Langestraße Nr. 54 in Karlsruhe, bringt ihr ausgebreitetes Geschäft für das herannahende Frühjahr zu sehr auffallenden Preisen in empfehlende Erinnerung; ferner empfiehlt dieselbe einen ganz in gutem Zustande befindlichen gebrauchten Bierfessel von 1080 Maas haltend mit Bierpumpe, 1 Branntweinfessel von 140 Maas, 1 Drehbank, 6 Schuh lang mit nöthigem Werkzeuge und Superboxe, und sowie auch 1 Brudenwaage von 20 Zentnern Tragkraft. A. 947.

A. 744. [2]2. Sealy's Schenerziegel

zum Putzen der Messer und Gabeln, der Küchengeräthe und aller Gegenstände von Stahl, Eisen, Kupfer, Messing, Silber und Zinn. Von diesen, als vorzüglichstes und billiges Putzmittel bewährten Ziegeln befindet sich das Hauptlager bei Gustav Ahenheimer in Heidelberg, woselbst sie in Körben von mindestens 25 Stück zu beziehen sind.

A. 882. [3]2. Karlsruhe. Instrumentenmacher-Gehilfen-Gesuch. Bei Unterzeichnetem kann sogleich ein Instrumentenmachergehilfe Beschäftigung erhalten. Karlsruhe, 16. März 1852. Wilh. Spohn.

A. 849. [3]2. Karlsruhe. Kapitalien auszuleihen. Die Summe von 40-50,000 fl. liegt zu entsprechender Verzinsung zum Ausleihen bereit. Die betreffenden Taxationen über wenigstens zweifachen Betrag in Liegenschaften sind unter Verschluss mit D. K. an die Expedition dieses Blattes portofrei einzufenden; jedoch weniger als 1000 fl. werden nicht abgegeben.

A. 930. [2]1. Karlsruhe. Zu verkaufen. Ein leichtes Chaischen, das sich zum Ein- und Zweispännigfahren eignet, ist billig zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

A. 363. [3]3. Karlsruhe. Verkaufs-Anzeige. Eine im besten Stande befindliche, gut rentable Tapetenfabrik im Mittelrheinkreise des Großherzogthums Baden gelegen, beabichtigt der Inhaber, Familienverhältnisse wegen, dem Verkauf auszugeben. Hierauf Reflektirende wollen sich in frankirten Briefen an die Expedition dieses Blattes wenden. A. 577. [3]2. Karlsruhe.

Zu verkaufen. Eine ganz neue, vollkommene Labeneinrichtung, von Eichenholz gefertigt, für ein Spegerei- und Kurzwaaren-Geschäft ist zu billigen Preisen zu verkaufen. Auf Verlangen können hierzu auch die Waagen, Gewichte etc. abgegeben werden. Zu erfragen bei Hrn. Ch. Niemann in Karlsruhe. Briefe werden franco erbeten. A. 946.

Biehmarkt. Montag, den 22. März, wird in Durlach wieder Biehmarkt abgehalten. Durlach, den 16. März 1852. Der Gemeinderath. Bahrer.

Siegrist.

